Stadtverordnetenversammlung Frankfurt (Oder)

Antrag der Fraktionen

GRÜNE/B90 & BI Stadtentwicklung/ PIRAT und
DIE LINKE

zur Stadtverordnetenversammlung am 18.9.2014

Frankfurt (Oder), den 4.9.2014

Stelle der/des Integrationsbeauftragten unverzüglich ausschreiben und wiederbesetzen

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Stelle der/des Integrationsbeauftragten unverzüglich neu ausgeschrieben und wiederbesetzt werden kann, und das Wiederbesetzungsverfahren so schnell wie möglich in Gang zu setzen. Vor der Ausschreibung legt der Oberbürgermeister der Stadtverordnetenversammlung die Stellenbeschreibung zur Beratung vor.
2. Die Stadtverordnetenversammlung empfiehlt dem Oberbürgermeister dringlich, bis zur Wiederbesetzung der Stelle der/des Integrationsbeauftragten unverzüglich eine/n kommissarische/n AnsprechpartnerIn einzusetzen. Aufgabe dieser Person sollte es bis zur Wiederbesetzung der Stelle der/des Integrationsbeauftragten im wesentlich sein, sich im Rahmen der Arbeit der Stadtverwaltung um die Integration und die Belange von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen zu kümmern.

Begründung:

Seit dem Juni dieses Jahres ist die Stelle der/des Integrationsbeauftragten nach dem Weggang der bisherigen Integrationsbeauftragten unbesetzt. Gemäß Haushaltssicherungskonzept muss die Stelle 6 Monate unbesetzt bleiben. Darüber hinaus gibt es auch im Rahmen der Organisationsuntersuchung Diskussionen über Art und Umfang dieser Stelle.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in der Stadt und steigender Zahlen von Asylsuchenden und Flüchtlingen wird ein/e Integrationsbeauftragte derzeit unbedingt benötigt. Zusammen mit dem Integrationsbeirat liegen hier die notwendigen Kompetenzen und Kapazitäten, um die Integration von MigrantInnen zu fördern und auch Vermittlungsaufgaben bei Konflikten/Problemen wahrzunehmen (siehe auch Aufgabenbeschreibung auf der Homepage der Stadt).

Um diese Vakanz so kurz wie möglich zu halten und die Förderung der Integration und die Vermeidung von Konflikten zu befördern, muss der Oberbürgermeister als Chef der Verwaltung umgehend handeln und die notwendigen, oben beschriebenen Maßnahmen einleiten.